

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
No 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,50 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamzeile 45 Goldpfennige. Die Anzeigen der Zeitung infolge von Verfall oder Betriebsänderung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Postkontonummer Stuttgart Nr. 5790 — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 146

Altensteig, Samstag den 26. Juni

1926

## Wochenrundschau

Der im Volksbegehren geforderte, vom Reichstag aber abgelehnte Gesetzesentwurf, durch den die ehemaligen Fürsten und ihre Familien ohne Entschädigung enteignet werden sollten, ist durch Volksentscheid vom vergangenen Sonntag aus der Welt geschafft worden. Das Gesetz bestimmt nämlich, daß ein Beschluß des Reichstages durch den Volksentscheid nur dann außer Kraft gesetzt werden kann, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Das ist am Sonntag nicht geschehen. Bei rund 39,7 Millionen Stimmberechtigten hätten 19,8 Millionen die Hälfte ausgemacht. Am Sonntag sind aber nur rund 15,6 Millionen zur Wahlurne gegangen, also 4,2 Millionen weniger als die Hälfte. Ueberdies haben beim Volksentscheid nur rund 14,4 Millionen mit Ja gestimmt, so daß an der erforderlichen Stimmenmehrheit 5,4 Millionen fehlen. Der Erfolg lag also auf Seiten der Gegner der entschädigungslosen Enteignung. Aus der großen Zahl der abgegebenen Stimmen, die gegenüber dem Volksbegehren sich um rund 1,9 Millionen erhöhte, ergibt sich jedoch, daß die zur Entscheidung stehende Frage weite Kreise des deutschen Volkes ausgewählt hat. Wirtschaftliche Not hat viele Wähler auch der bürgerlichen Kreise zu dieser Entscheidung getrieben. Wenn man die 10,7 Millionen Stimmen, die Sozialdemokratie und Kommunisten bei der letzten Reichstagswahl erhielten, von den Ja-Stimmen des Volksentscheides abzieht, so ergeben sich noch 3,7 Millionen Stimmen, die aus anderen Parteien stammen müssen. Darin sind die Stimmen der Verbündeten, der wirtschaftlich Notleidenden, der Erwerbslosen des Mittelstandes und die der Sparrer. Man muß sich aber immer und immer wieder fragen lassen, um was es im Volksentscheid ging. Es wird den Fürsten durch die Regierung nichts zugewendet, sondern es wird ihnen viel genommen und nur einiges gelassen. Das was die ehemals fürstlichen Volksgenossen nicht von Haus aus Hof vertreiben kann, liegt in den Rechtsgrundlagen des Staates verankert. Und deshalb ging der Volksentscheid mit der entschädigungslosen Enteignung zu weit. Das haben unterdessen auch die Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ erkannt, wenn sie ihrer Meinung nach dem Ergebnis dahin Ausdruck gaben, daß der Volksentscheid Erfolg gehabt hätte, wenn nicht die entschädigungslose Enteignung gefordert worden wäre. Es ist natürlich unrichtig, daß es sich um die Frage Republik oder Monarchie gehandelt hat. Die Gegner der Entscheidung sind zum großen Teil gewiß ebenso gute Republikaner wie die für die Enteignung Stimmentenden.

Das Ergebnis des Volksentscheides hat immerhin die Regierung und den Reichstag angepornt, die sog. Fürstenabfindungsfrage beschleunigt einer gesetzlichen Regelung entgegenzuführen. Der Rechtsauschuss des Reichstages hat sich sofort an die Arbeit gemacht und die Regierungsparteien haben sich verpflichtet, an einer raschen Lösung mitzuwirken. Aber noch steht die Sache auf sehr unsicheren Füßen und niemand kann sagen, wie das Endergebnis sein wird. Für die Regierung handelt es sich darum, die beiden großen Flügelparteien, Sozialdemokraten oder Deutschnationalen, für den von ihr vorgelegten Gesetzesentwurf zu gewinnen. Bisher ist das nicht gelungen. Es wird aber auch erstrebt, vielleicht eine der großen Parteien zu bewegen, an der Abstimmung nicht teilzunehmen, damit die verfassungsmäßige Mehrheit erzielt wird. Von den Verhandlungen hat man den Eindruck, daß mit der Sozialdemokratie eher eine Verständigung über ein Kompromiß möglich ist, wenn auch die Nachgiebigkeit bisher auf Seiten der Regierungsparteien war, die den Paragraphen 8 des Entwurfes im Sinne der Sozialdemokratie abänderten. Die Reichsregierung soll entschlossen sein, den Reichstag aufzulösen, wenn sich eine Verständigung nicht erzielen läßt. Von Seiten der Linken würde man dies begrüßen, weil man dann eine gute Wahlparole hätte. Andererseits hat man aber die Sperre über den Fürstenbesitz bis zum Ende des Jahres verlängert, so daß man also mit der Möglichkeit zu rechnen scheint, daß es vor den Sommerferien nicht gelingt, die Fürstenfrage gesetzlich zu regeln. Es ist zweifellos dringend wünschenswert, im Interesse der inneren Beruhigung, daß im Reichstag eine gesetzliche Regelung gefunden wird. Vielleicht dies mit Hilfe der Sozialdemokratie, dann ist der Weg frei für eine Erweiterung der Regierung und für die Bildung der Großen Koalition. Daß es dabei fast unüberwindliche Hemmnisse zu beseitigen gilt, liegt in unserer parteipolitischen Zersplitterung.

Man möchte wünschen, daß die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit von den innerpolitischen Streitfragen weg zu dem Problem der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik sich hinwendet, die gerade in den letzten Tagen gezeigt haben, daß wir unter fremder Kontrolle stehen. Der Reparationsagent kann die an das Ausland für Reparationszwecke verpfändeten Einnahmen aus Branntwein, Tabak, Bier und Zucker, in Form von Steuern beschlagnahmen, wenn das Reich keinen Verpflichtungen nicht nachkommt, er kann auch gegen eine Herabsetzung der Steuer auf

diese vier Lebensmittel Einspruch erheben. Das hat der Reparationsagent nun hinsichtlich der Biersteuer getan. Im vorigen Jahr hat der Reichstag beschlossen, die Erhöhung der Biersteuer bis zum Ende des Jahres 1926 hinauszuschieben. Dagegen hat der Reparationskommissar protestiert, weil dies einer Verminderung des Steuerertrags gleichkomme. Die deutsche Regierung bestritt das und man hat deshalb das im Dawesplan vorgesehene Schiedsgericht im Haag angerufen. Dieses hat zu Ungunsten Deutschlands entschieden. Damit ist festgestellt, daß bei jeder Steueränderung in diesen vier Artikeln sogleich Gebrauch der Einwilligung des Kommissars notwendig ist. Die Reichsregierung wird nun in Verhandlungen mit dem Reparationskommissar zu erziehen versuchen, daß man die Biersteuererhöhung weiter wie geplant bis 1. Januar 1927 hinausschiebt. Ob dies gelingt ist fraglich. Andere Abhängigkeit selbst in der Steuererhebung ist damit dokumentiert.

Auch die Vorgänge in der Abrüstungskommission in Genf werfen ein sonderbares Licht auf die Kernfrage der Abrüstung. Dort hat im Marineauschuss Frankreich einen Erfolg davongetragen, der einer Durchkreuzung der gesamten Abrüstungsverhandlungen gleichkommt. Neben Deutschland stellten sich England und Amerika gegen die französischen Anträge. Ein weiterer Moment der Beunruhigung bildet die noch völlig ungelöste Frage der Ratsfuge. Neuerdings hat sich Spanien stark für einen ständigen Ratsfuge erklärt und der bevorstehende Besuch des spanischen Königs in Paris, zusammen mit dem gemeinsamen Vorgehen der Franzosen und Spanier in Marokko, haben eine Art französisch-spanische Freundschaftsatsmosphäre geschaffen, die sich auch im Völkerverbund auswirken wird. Neuerdings wird auch von Italien behauptet, daß es an dieser Seite stehe und vereinigt sind auch schon Drohungen mit Rücktritten ausgestoßen worden, wenn nicht nach der französischen oder italienischen Weise getanzt wird. Selbstverständlich nützt auch Polen diese Situation aus. Diese Vorgänge in der großen europäischen Politik im Zusammenhang mit gewissen Ereignissen in der Weltwirtschaft, die durch den Abbruch von Handelsverträgen angedeutet sind, verdienen die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes mehr als Kleinlicher innenpolitischer Janz und Parteilader.

Die Regierungskrise in Frankreich hat in den acht Tagen ihrer Dauer merkwürdige Kurven durchlaufen. Aus einem Kabinett, das so weit rechtsstehende Männer wie Lardieu mitinbezogen hätte, wurde allmählich die Regierung der „Republikanischen Konzentration“ und als sich herausstellte, daß auch diese nicht zu bilden war, weil Poincaré, offenbar auch außenpolitischen Einfluß haben wollte, ist nun wieder ein Kabinett der Linken geworden, das in keiner Beziehung ausschließlich Namen aufweist, die dem Kartell angehören, das von den Parteien der Linken nach den Wahlen vom 11. Mai 1924 begründet wurde. Das Kartell ist allerdings inzwischen wieder auseinandergefallen, soweit die Parteien in Betracht kommen, der Zwang der politischen Tatsachen hat sie aber, wie es scheint, einstweilen wieder aneinander geschmiebelt. Allerdings gehören die meisten Männer der neuen Regierung Frankreichs der Gruppe Loucheur an, die den Sozialisten reinen Wassers wie Paul Boncour und anderen stets als unzuverlässig gegolten hat. Am meisten in der Öffentlichkeit natürlich die Persönlichkeit des neuen Finanzministers. Als Cail্লাuz im April 1925 das gleiche Ressort im Kabinett Painlevé übernahm, wurde er fast von allen Seiten als der Retter der französischen Währung gepriesen. Die Linke erteilte ihm damals Vorzugslobreden, weil er ihr parlamentarisch angehörte, und die Rechte war mit seiner Persönlichkeit deshalb einverstanden, weil sie wußte, daß sein politischer Wille auch vor seinen eigenen Parteifreunden nicht halt machte. Wenige Monate später wurde er dann von denselben Parteien der Linken, die ihn zuerst auf den Schild gehoben hatten, gestürzt, da ihnen seine Steuerpolitik unangenehm war. Die sachliche Eignung zum Amt eines Finanzministers können ihn aber auch seine Gegner nicht bestreiten. Er hat schon den verschiedenen französischen Kabinetten angehört, wurde selbst im Juni 1911 Ministerpräsident, schloß in dieser Eigenschaft den Marokkovertrag mit Deutschland und mußte dann von der politischen Tribüne abtreten, weil seine Frau auf den Chefredakteur des „Figaro“, Calmette, ein Revolverattentat verübt hatte, an dessen Folgen Calmette starb. Während des Krieges ließ Clemenceau ihn wegen angeblichen Hochverrats verhaften. Es kam zu einem langen Prozeß und Cail্লাuz wurde schließlich zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Erst der Wahlsieg der Linken im Mai 1924 rehabilitierte ihn und seit dieser Zeit ist Cail্লাuz auch wieder in das politische Leben zurückgekehrt.

Schon aus dieser kurzen Schilderung seiner politischen Laufbahn geht hervor, daß Cail্লাuz ein Mann von ganz eigenem Charakter ist, der sich in einem bestimmten politischen Rahmen kaum einfügen läßt. Wenn er jetzt trotz der Enttäuschung, die ihm vor kaum einem Jahr die Linke bereitet hat, sich noch einmal zur Übernahme des unpopulärsten Ministeriums in Frankreich bereit fand, so darf man ohne weiteres voraussetzen, daß er sich von Briand mit außerordentlichen Vollmachten hat ausstatten lassen.

## Die Fürstenabfindung im Rechtsauschuss

Berlin, 25. Juni. Die Beratung des Gesetzesentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern wurde beim Paragraphen 10 fortgesetzt. Er regelt die Entschädigung für die aus dem Vermögen des Fürstenhauses dem Lande zugewiesenen Theater, Schlösser, Parkanlagen usw. Für die Höhe der Entschädigung soll maßgebend sein, ob die Gegenstände bereits vor 1918 zur regelmäßigen öffentlichen Benutzung oder Beschäftigung freigegeben waren. Der letzte Absatz bestimmt: Bei Kunstschätzen, die das Land der regelmäßigen öffentlichen Benutzung offen zu halten beabsichtigt, darf die Entschädigung den Extrawert nicht übersteigen.

Abg. Dr. Barth (Dn.) beantragte in erster Linie die Streichung des Paragraphen, weil er es für unzulässig erklärte, daß Privatvermögen der Fürsten überhaupt enteignet wird. Bezüglich dieser Barriere niederreißt, mache die Bahn frei für den Volkswismus.

Abg. Dr. Kahl (D. Vn.): Was der Antrag will, ist bereits in Paragraph 9 erfüllt, der die Zuweisung an das Land an die Voraussetzung knüpft, daß die Gegenstände schon vorher der regelmäßigen öffentlichen Benutzung oder Beschäftigung freigegeben waren. Diese Voraussetzung ist aber bei keinem der fürstlichen Familienarchive erfüllt.

Abg. Dr. Coerling (Dn.) begründete einen Antrag, an Stelle des Paragraphen 10 folgenden Paragraphen 12a einzufügen: Die in Paragraph 9 genannten Gegenstände, soweit sie der regelmäßigen Benutzung oder Beschäftigung freigegeben waren, sind dazu auch fernerhin freigegeben. Das Land hat an ihnen ein Vorkaufsrecht zu angemessenen Bedingungen. Die aus der Streitmasse dem Lande zugewiesenen bzw. aus Privateigentum enteigneten Gegenstände sind bis zum Ablauf des Jahres 1930 unveräußerlich, unbeschadet einer Rückübertragung an das betreffende Fürstenhaus.

Abg. Schulte (Ztr.) erwiderte, die Mittelparteien seien bereit, den Bedenken der Deutschnationalen gegen den letzten Absatz dadurch entgegenzukommen, daß sie einem neuen Antrag seine Durchführung auf diejenigen Kunstschätze beschränken, die bereits vor der Staatsumwälzung von 1918 der öffentlichen Benutzung freigegeben waren.

Abg. Dr. Rosenfeld (Sos.) wandte sich gegen die deutschnationalen Anträge, aber auch gegen den Antrag Schulte.

Nach Ablehnung des deutschnationalen Streichungsantrages wurde auch der von Abg. Dr. Coerling begründete deutschnationale Antrag abgelehnt gegen die Stimmen der Antragsteller und ebenso der vom Abg. Barth (Dn.) begründete Antrag. Der Antrag Schulte (Ztr.) (Antrag der Mittelparteien) wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmhaltung des völkischen Vertreters mit den Stimmen der Antragsteller und Deutschnationalen angenommen. Der so geänderte Paragraph 10 wurde gegen die drei Kommunisten bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen und völkischen angenommen.

Mit demselben Stimmenverhältnis wird auch der Paragraph 11 ohne Aussprache angenommen.

Paragraph 12 stellt folgende Grundzüge für die Verteilung der Streitmasse auf: Die Verteilung der Vermögenswerte erfolgt nach Billigkeit, hierbei ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Teile zu berücksichtigen. Den Mitgliedern der vormals regierenden Fürstenhäuser soll eine angemessene Lebenshaltung gewährleistet und die Möglichkeit gegeben werden, ihre Verpflichtungen zum Unterhalte von Familienangehörigen sowie zur Zahlung von Gehältern, Ruhegehältern und Hinterbliebenenunterstützung, deren Rechtsgrund in der Zeit vor der Staatsumwälzung des Jahres 1918 liegt, zu erfüllen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Sos.) beantragte, einen Zusatz, wonach die Garantie der angemessenen Lebenshaltung auf die jetzt lebenden Mitglieder der Fürstenhäuser beschränkt wird.

Abg. Wunderlich (D. Vn.) stimmte für die Mittelparteien diesem Antrage zu. Der sozialdemokratische Antrag wird mit den Stimmen der Mittelparteien angenommen. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der bei der Garantierung der angemessenen Lebenshaltung die Möglichkeit des Ueberanges zu einem bürgerlichen Beruf berücksichtigt lassen will, wurde abgelehnt.

Paragraph 12 wurde mit demselben Stimmenverhältnis wie die vorhergehenden angenommen, ebenso ohne Debatte Paragraph 13, der ein Uebertragungsrecht für Vermögensstücke festsetzt.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Rente mit dem 31. Dezember 1930 erhöhen lassen will, wurde abgelehnt und Paragraph 14 mit dem üblichen Stimmenverhältnis angenommen. Paragraph 16 bestimmt, daß auf die Aufwertung die auch sonst geltenden gesetzlichen Bestimmungen gelten sollen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Sos.) begründete einen Änderungsantrag, in dem verlangt wird, daß bei der Aufwertung darauf Rücksicht genommen wird, welcher Goldmarkbetrag den Leistungen zurzeit ihrer Festsetzung entsprach.

Abg. Coerling (Dn.) bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag und begründete eine Antrag seiner Freunde auf Streichung des zweiten Absatzes des Paragraphen 16. Dieser Absatz bedeute eine Schlechterstellung der Fürsten und verleihe den Eindruck, daß hier ein Enteignungsgesetz geschaffen wird.

Abg. Dr. Wunderlich (D. Vn.) wandte sich gegen den deutschnationalen Antrag.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 25. Juni.

Abg. von Vindecker-Wildau (Dn.): Da hiernach ein Sonderrecht zu Ungunsten der Fürsten geschaffen wird, muß ich fragen, ob der Reichskanzler das mit seiner dem deutschen Volke feierlich abgegebenen Erklärung für vereinbar hält.

Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium: Ich kann natürlich lein für den Reichskanzler keine Erklärung abgeben. Es liegt in der Tat hier eine Abweichung von den allgemeinen Regeln der Aufwertung vor.

Zu einer früheren Aussprache führte der folgende Paragraph 18, der folgenden Wortlaut hat: „Kapitalbeträge oder Rentenzahlungen, die nach einer Entscheidung des Reichsfinanzgerichts oder nach einem vor dem Reichsfinanzgericht abgeschlossenen Vergleich von einem Lande an ein vormals regierendes Fürstentum oder eines seiner Mitgließer zu zahlen sind, dürfen von der empfangsberechtigten Partei bis zum Ablauf des Jahres 1920 nur für die privatwirtschaftlichen Bedürfnisse oder zu mobilitären oder kulturellen Zwecken verwendet werden. Bis zum gleichen Zeitpunkt darf avogeschlittes Kapital nur mit Genehmigung des Landes ins Ausland gebracht werden.“

Abg. Dr. Barth (Dn.) beantragt einen Antrag auf Streichung des Paragraphen 18. Dieser Paragraph sei eine offene Verletzung der Rechtsleichheit und mache die ehemaligen Fürsten geradezu zu Staatsbürgern zweiter Klasse.

Abg. Rosenfeld (Sos.) beantragt eine Verschärfung des Paragraphen dahin, daß die Gelder von der Reichsbank verwaltet werden.

Abg. v. Dersander (Dn.) erklärt, der frühere sozialdemokratische Finanzminister Dr. Südekum habe 1918 gesagt: Ich muß gestehen, daß das preussische Königsbaus nicht das geringste bisher getan hat, um die Entscheidung über die Entwicklung des neuen Staates zu hemmen. Der dem Zentrum angehörende Justizminister Am Jahnhoff bezeichnete die von dem ungarischen Finanzminister Simon erlassene Beschlagnahmeverordnung des habsburger Vermögens als ein juristisches Monstrum schlimmster Art. Als der preussische Staat das Gebäude erwarb, in dem jetzt der Reichspräsident wohnt und ein Verkaufsvorles an den Kaiser nach Holland überwiesen wurde, las es nahe, daß der Kaiser den Betrag sofort in holländischen Wertes anleante. Reichsbankpräsident Hagenschein hat ihn mit Rücksicht auf die gefährdete deutsche Währung davon abgesehen und der Kaiser hat in Lokalität gegen sein Vaterland diesem Wunsche in großem Umfange entsprochen. Das alles sind Belege dafür, daß das Haus Habsburg bis heute nicht das geringste getan hat, um den deutschen Staat in seiner Entwicklung zu hemmen.

Abg. v. Nitzsche (Dem.): Der Paragraph 18 enthält etwas Selbstverständliches. Geheimrat Franz: Von preussischer Seite würden keine Bedenken dagegen bestehen, wenn der letzte Absatz in folgender Weise geändert würde: „Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verpflichtungen entscheidet auf Antrag des Landes das Reichsfinanzgericht.“

Abg. Schulte (Str.) erhebt diesen Vorschlag des Regierungsvortretters zum Antrag der Mittelparteien.

Darauf wurde die von den Mittelparteien beantragte neue Fassung des letzten Absatzes mit den Stimmen der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten angenommen. Die Änderungsanträge der Deutschnationalen und Sozialdemokraten werden abgelehnt.

Der Vorsitzende Dr. Kahl bezaumt dann die Schlußsitzung auf Samstag ein.

Abg. Dr. Best (ödl.) fragte am Freitag den Innenminister, in welchem Sinne die Zurückziehung des Gesetzes über den Volksentscheid in Aufwertungssachen erfolgt sei, ob nun der Weg für den Volksentscheid frei sei oder ob die Regierung glaube, daß schon das geltende Recht bestimme, daß ein Volksentscheid in Aufwertungssachen nicht zulässig sei. Als der Präsident den Innenminister Dr. Kuls fragte, ob er eine Antwort erteilen wolle, schüttelte dieser verneinend den Kopf.

Das Pariser Luftfahrtabkommen wird in 2. und 3. Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Freistreitvereinerordnung wird mit 174 gegen 111 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten in 2. und 3. Lesung angenommen. Die zweite Beratung der Mieterschutzvorlage wird darauf fortgesetzt. Ministerialdirektor Deeg hebt hervor, daß es noch nicht möglich sei, die Zwangswirtschaft auf diesem Gebiet völlig aufzuheben. Es sollen aber gewisse Härten gemildert werden. Der Mieterschutz sollte bestehen bleiben, aber daneben müssen die Verbesserungen vorgenommen werden, die zur Schonung der Hausbesitzer unter Berücksichtigung der sozialen Interessen der Mieter notwendig und etwässlich sind. Das Kündigungsrecht muß erleichtert werden gegenüber solchen Mietern, die schuldhafterweise mit ihren Zahlungen im Rückstand bleiben.

Abg. Pade (Wirtschaltl. Ver.) erklärt, das Mieterschutzgesetz sei ein arzenloses Unheil für das deutsche Volk und führe die deutsche Wirtschaft in den Abgrund. Den Wohnungsluchenden habe dieses Gesetz nur Schaden gebracht ebenso wie den Hausbesitzern.

Dann sprach noch die Abg. Barschat (Dem.), Schirmer (Bayer. Pa.) und Seiffert (ödl.) im Sinne der Ausschüßschlüsse. Die Abstimmung erfolgt am Samstag.

### Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 26. Juni 1926.

#### Die Frage der Erbauung eines Bezirks-Krankenhauses in Altensteig.

Die Stadt Altensteig stellte beim Bezirksrat und der Amtsoberversammlung den Antrag, ein zweites Bezirks-Krankenhaus in Altensteig zu errichten und sprach zugleich die Bereitwilligkeit aus, den Bauplatz und Pläne hierfür unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, sowie einen namhaften Kostenbeitrag zu leisten.

Die Frage der Erbauung eines neuen Krankenhauses ist für Altensteig und den oberen Nagolder Bezirk von außerordentlicher Wichtigkeit. Altensteig hat zwar schon viele Jahrzehnte ein Krankenhaus, aber es ist nun nicht mehr zeitgemäß und entspricht keineswegs mehr den Anforderungen, die man heute an ein Krankenhaus stellt und stellen muß. Seine Lage direkt an der Verkehrsreichen und ebenso staubreichen einzigen Talstraße mag früher kein Hindernis gewesen sein, wo der Verkehr noch gering und man insbesondere keinen Autoverkehr hatte und wo man noch nicht mit Lastautos das Langholz geräuschvoll vor dem Krankenhaus vorbeiführte, sondern noch ruhige und beschauliche Zeiten auch an einer Hauptstraße hatte und lautlos auf dem Wasser das Holz hauptsächlich in Flößen auf der Nagold dahingleiten ließ und mit Berggütern vom Krankenhaus aus oft diesem ergötlichen Schauspiel zusehen konnte. Auch ist das Krankenhaus mit seinen 5 Krankenzimmern zu klein und zu primitiv eingerichtet. Dieser Zustand ist auf die Dauer nicht haltbar und zwingt dazu, eine Verbesserung herbeizuführen. Dies ist aber nur durch einen Neubau möglich, weil Lage und Größe des alten Krankenhauses einer Verbesserung für die weitere Zukunft und einem Ausbau im Wege sind. Diese Erkenntnis wuchs immer mehr nicht nur bei Stadt- und Landverretung, sondern auch in den weiteren Kreisen der Bevölkerung von hier und den Orten des oberen Bezirks, besonders aber bei denjenigen, die gezwungen sind, das Krankenhaus in Altensteig aufzusuchen oder zu besuchen. Die Unzulänglichkeit des Krankenhauses zwingt dazu, immer wieder Stellung zu nehmen und den Aus- oder Neubau ins Auge zu fassen. So ist schon früher unter Oberamtmann Dr. Gugel von der Amtsörperschaft beschlossen gewesen, in Altensteig ein amtsoberperschaftliches Krankenhaus zu erbauen, aber als dann auch Wildberg und Haiterbach mit dem gleichen Begehren kamen, obwohl dort die gleichen Voraussetzungen, was Lage und Hinterland anbelangt, nicht vorhanden sind wie hier, aber auch kein vorher schon beständenes Krankenhaus, das eine Aenderung bedurfte, bereitete das Verlangen der beiden anderen Städte die Ausführung des Planes. So entschloß sich in späterer Zeit, vor dem Kriege, die Stadt selbst zu einem Neubau und ließ im Jahre 1914 Pläne anfertigen. Kriegs- und Inflationszeit, die manche Hoffnungen begraben, machten auch die Ausführung eines städtischen Krankenhauses hinfällig. Bei den heutigen Verhältnissen ist natürlich der Bau eines Krankenhauses durch die Stadt Altensteig allein fast zur Unmöglichkeit geworden und es ist nicht unnatürlich und sollte auch nicht verwunderlich sein, wenn Altensteig heute den alten Gedanken aufgriff und den Antrag bei Bezirksrat und der Amtsoberversammlung stellte, hierher ein zweites Bezirkskrankenhaus zu erstellen, das den Bewohnern des hinteren oder oberen Nagolder Bezirks dient, umso weniger, als das Bezirkskrankenhaus in Nagold trotz bereits einmal erfolgter Vergrößerung zu klein ist und einen Krankenhausarzt voll und ganz in Anspruch nimmt. Das hierige ist aber auch längst zu klein und was konnte nun näher liegen, als sich an die Bezirksverwaltung zu wenden, der Altensteig und die umliegenden Orte zugehört und eine Lösung der alten Frage zu suchen, die den Erfordernissen des oberen Bezirks entspricht und wohl auch dem vorderen Bezirk keinen Eintrag tut. So wenigstens hat man es hier angesehen, aber der Bezirksrat Nagold glaubte auszusprechen zu sollen, daß kein Bedürfnis für ein zweites Krankenhaus im Bezirk vorhanden ist und lehnte den Antrag Altensteigs ab. Gleichzeitig beschloß er, der Amtsoberversammlung eine Vergrößerung des Nagolder Krankenhauses zu empfehlen. Dieser Doppelbeschluss hat hier und in der hiesigen Umgebung größtes Befremden hervor-

gerufen, denn man kann bei der Lage und Bedeutung Altensteigs nicht begreifen, daß Altensteig eine alte Einrichtung verlieren, Nagold aber die seine immer mehr vergrößern soll und zwar auch auf Kosten Altensteigs und der hinteren Bezirksorte.

Die Amtsoberversammlungsvortreter Altensteigs waren deshalb teils etwas „geland“, als sie zur Amtsoberversammlung nach Nagold fuhren. Als dieser Gegenstand an die Reihe kam, berichtete zunächst der Vorsitzende, Oberamtmann Baitinger, über diesen Gegenstand und gab die Eingabe Altensteigs bekannt und die ablehnende Stellungnahme des Bezirksrats, der die Bedürfnisfrage eines zweiten Bezirkskrankenhauses in Altensteig verneinte. Er gab das Gutachten des Oberamtsarztes Dr. Humald-Freudenstadt bekannt, das zu einem ablehnenden Resultat kommt. Auch Oberamtspfleger Rapp führte aus, daß von einem Bedürfnis keine Rede sein könne. Darauf wurde Sparkassendirektor Walz als Vertreter der Stadt Altensteig das Wort zum Antrag Altensteig erteilt. Er vertrat den Standpunkt, daß ein absolutes Bedürfnis für ein Krankenhaus in Altensteig und für den hinteren Nagolder Bezirk vorhanden sei, daß auch die Benützung desselben eine ausreichende würde, daß Altensteig ohnedies jurisdigiert worden sei, schon als man ihm das Oberamt genommen habe und daß es eine Art Wiedergutmachung wäre, wenn man Altensteig nun ein 2. Bezirkskrankenhaus geben würde. Er wurde in der Kritik des Bezirksratsbeschlusses ziemlich heftig, hielt die Einstellung des Bezirksrates für eine einseitige, wies darauf hin, daß Altensteig annähernd die gleiche Umlage für den Bezirk zahle wie Nagold und appellierte schließlich an das Herz der Amtsoberversammlungsglieder des vorderen Bezirks, Altensteig und dem hinteren Bezirk zu seinem neuen Krankenhaus zu verhelfen, zugleich namens der Stadt die Erklärung abgebend, daß Altensteig nicht nur den Bauplatz unentgeltlich abgibt, sondern bereit sei, ein Viertel des Bauaufwandes und der Inneneinrichtung zu tragen. Die Geldfrage, die anscheinend in den Vordergrund gerückt worden sei, dürfe in der Gesundheitspflege und in der Verjorgung von Kranken keine Rolle spielen. Nach ihm sprach Oberamtsarzt Dr. Humald, gab auch noch persönlich sein Gutachten ab und führte u. a. aus, daß man keine zwei Bezirkskrankenhäuser auf der Höhe halten könne; bei den heutigen Krankenzuständen würden Entfernungen eine Rolle nicht mehr spielen. Der Kranke habe aber ein Recht zu verlangen, daß das Krankenhaus auf der Höhe sei. Ein zweites Bezirkskrankenhaus sei ein Konkurrenzunternehmen und sie würden sich gegenseitig schädigen. Er wies auf die großen Kosten eines Neubaus hin und darauf, daß zu einem Staatsbeitrag für ein zweites Bezirkskrankenhaus keine Aussicht bestehen werde. Er könne die Bedürfnisfrage nicht anerkennen. Oberamtmann Baitinger glaubt, daß wenn Oberamtsarzt Dr. Humald die Bedürfnisfrage ablehne, man sich diesem Gutachten anschließen könne. Wenn ein Bedürfnis nicht anerkannt werde, so könne man sich den Luxus eines zweiten Bezirkskrankenhauses nicht leisten. Bezirksrat Schüttler-Altensteig trat lebhaft für den Antrag Altensteigs ein, betonte, daß man bei Fragen, wo die Gesundheit auf dem Spiele stehe, nicht auf das Geld sehen dürfe. Die Frequenz des Krankenhauses in Altensteig würde nach einem Neubau unfehlbar eine gute und ausreichende und er bitte dem Antrag Altensteigs zu entsprechen. Gemeinderat Strenger-Nagold sprach gegen ein zweites Bezirkskrankenhaus und für den Ausbau des Bezirkskrankenhauses in Nagold, dessen Einrichtung ungenügend sei. Schultheiß Wagner-Spielberg nahm sich tapfer des Altensteiger Antrags an und wies darauf hin, daß das Altensteiger Krankenhaus seit längerer Zeit besteht, was beweise, daß ein Bedürfnis hierfür bestehe. Er wisse wohl, daß die Ärzte für Zentralisation seien, in einem ländlichen Bezirk gebe es andere Gesichtspunkte als in der Stadt. Konkurrenz schade in Fragen der gesundheitlichen Verjorgung nichts. Wenn Altensteig, das in der Steuerkraft der Stadt nahe komme u. Teile des Bezirks den Wunsch haben, ein Krankenhaus zu bekommen, so könne man nicht ohne weiteres über einen solchen Antrag hinweggehen. Er betonte, daß es eine Reihe Bezirke gebe, wo mehrere Krankenhäuser bestehen. Es sei der Ausdruck „Luxus“ gefallen, er glaube, daß dieser Ausdruck daneben gehe. Es sei notwendig, daß man die Frage gerecht beurteile und zwar im ganzen Bezirk. Oberamtmann Baitinger nimmt erneut Stellung gegen den Antrag Altensteigs. Stadtschultheiß Maier-Nagold glaubt, daß der Wunsch im oberen Bezirk nach Erstellung eines Krankenhauses in Altensteig ein allgemeiner sei. Altensteig sei vor dem Krieg damit umgegangen ein eigenes Krankenhaus zu erbauen und die Amtsoberversammlung hätte einen Beitrag gegeben und würde es auch heute tun. Beim Bau eines zweiten Bezirkskrankenhauses in Altensteig würde man aber beide zuzuführenden machen, was heute nicht tragbar sei. Gemeinderat Zig-Nagold findet den Wunsch Altensteigs und des oberen Bezirks ebenfalls begreiflich, denn das Altensteiger Krankenhaus befriedige auch ihn nicht. Er könne keine Zustimmung aber zu dem Antrag Altensteigs nicht geben, er bitte ihn abzulehnen. Schultheiß Meyer-Simmersfeld führte aus, daß an der Bedürfnisfrage kein Zweifel sein könne. Es sei notwendig, für die Umgebung von Altensteig ein Krankenhaus zu schaffen. Wenn man schon zum Bezirk Nagold gehöre, dann wolle man auch gleich behandelt sein. Er weist auf die großen Opfer hin, die Altensteig bereit sei für ein zweites Bezirkskrankenhaus zu bringen, ebenso auf die erhebliche Entfernung der hinteren Bezirksorte von der Oberamtsstadt und dem Bezirkskrankenhaus und tritt für Annahme des Antrags lebhaft ein. Schultheiß Wagner-Spielberg betont, daß man in der Gesundheitspflege sich nicht vom Sparkassensstandpunkt aus leiten lassen dürfe und daß das Leben der Kranken oft davon abhängig sei, ob man früher oder später das Krankenhaus erreiche. Wenn von Wildbad gesagt werde, es habe auch kein Krankenhaus erhalten, so müsse er sagen, daß ihm auch ein Unrecht zugefügt worden sei, wenn man ihm ein Krankenhaus seitens des Bezirks verweigert habe. Stadtschultheiß Bernhart-Haiterbach führt aus, daß sich der Amtsschaden bei Annahme des Antrags wesentlich erhöhen würde. Zwei Krankenhäuser löhnten sich nicht. Der Antrag Altensteigs sei nach keiner

### Neues vom Tage.

#### Einigung zwischen Reichsbahngesellschaft und Gewerkschaften

Berlin, 25. Juni. Nach der Vereinbarung zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften werden die Ansprüche aus der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1926 pauschaliert, um die Arbeiter möglichst bald und in einfacher Weise in den Genuß ihrer Mehrbeträge kommen zu lassen. Die mindestens 24-jährigen Arbeiter erhalten für jeden Kalendermonat, der in diese Zeit fällt, ein Baschalabfindung welche beträgt: Für die Arbeiter der Lohngruppen 1-5 2.30 Mt., der Lohngruppen 6 und 7 4.60 Mt., und der Lohngruppen 7 und 8, soweit für ihre Dienstorte Ortszulagen von 25 Prozent und darüber bestehen, 6.00 Mt. Vom 1. Juli 1926 an werden die durch den Schiedspruch festgesetzten höheren Löhne der Berechnung der Bezüge der Arbeiter zugrunde gelegt.

#### Tausende von Todesopfern eines Dammbrechens in Mexiko

Berlin, 25. Juni. Die Stadt Leon im mexikanischen Staate Guanajuato wurde infolge eines in der Nacht festgefundenen Dammbrechens durch Hochwasser zweier Ströme zerstört. Ein 24 Meter hoher Wasserfall spülte Häuser, Menschen und Vieh fort. Die Zahl der bei der Katastrophe umgekommenen Personen ist vorläufig nicht zu ermitteln, wird aber auf Tausende geschätzt. Die Bahngleise selbst an den höchsten Stellen Leon stehen unter Wasser, sodass es unmöglich ist, Lebensmittel dorthin zu schaffen. Die jetzt 60 000 Einwohner zählende Stadt wurde am 18. Juni 1888 von einer ähnlichen Katastrophe heimgesucht, wobei 200 Personen umkamen und 2000 Häuser zerstört wurden.

Paris, 25. Juni. Wie der Pariser „Times“ aus Mexiko gemeldet wird, sollen bei der Uebersetzung der Stadt Leon in der Provinz Guanajuato etwa 1000 Personen ums Leben gekommen sein.

#### Das Hochwasser des Bodensees

Konstanz, 25. Juni. Das Hochwasser des Bodensees ist in den letzten 24 Stunden auf 5,51 Meter gestiegen und ist von dem Hochwasserstand von 1890 nur noch um einige Zentimeter entfernt. Der Konstanz Stadtgarten ist zum Teil überschwemmt und auch die Seestraße, sowie verschiedene Schiffslandungsstellen des Sees, u. a. in Ueberlingen, Dingelsdorf, Staad, Hagnau und Immenstaad sind übersflutet. Die Insel Reichenau ist in zwei Teile getrennt. Der Ort Niederzell ist nur mit Booten zu erreichen, da die Zufahrtsstraße vollständig unter Wasser steht. Auch in dem Ort Berlingen auf der Schweizer Seite des Untersees ist die Hauptstraße vom Wasser übersflutet.



Ueberzeugung und nach der Ansicht seines Gemeinderats, den er befragt habe, abzulehnen. Seitens Spartaßendirektor Walz wurde der Antrag auf geheime Abstimmung gestellt und genehmigt. Das Ergebnis der Abstimmung war 11 Ja und die anderen 19 Stimmen Nein, womit der Antrag von Altenteig abgelehnt war. Spartaßendirektor Walz konstatierte darauf, daß dieser Beschluß eine Vergewaltigung des hinteren Bezirks darstelle.

Bei dieser Abstimmung zeigte es sich, daß der ganze vordere Bezirk geschlossen gegen den Antrag Altenteigs stimmte und so ihn zu Fall brachte. Man kann es deshalb wohl auch begreifen, daß der nachfolgende Punkt der Tagesordnung: Erweiterung des Bezirkskrankenhauses in Ragold und Verbesserung desselben bei den Vertretern des hinteren Bezirks gerade keine enthusiastische Aufnahme fand. Oberamtmann Baitinger gab den Beschluß des Bezirksrats bekannt, der die Erweiterung und Verbesserung des Bezirkskrankenhauses in Ragold empfiehlt, ebenso die Gutachten von Dr. Wimer und Oberamtsarzt Dr. Huald, in welchem die Notwendigkeit der Erweiterung und Verbesserung des Bezirkskrankenhauses gefordert und empfohlen wird. Nach einem früheren Plan und Vorschlag waren hierfür 200 000 Mark vorgesehen. Heute ist der Betrag natürlich wesentlich höher. Es sind 15 weitere Zimmer, ein Krankenaufzug, ein neuer Operationsaal, neue Babegelegenheiten u. s. f. vorgesehen. Spartaßendirektor Walz und Schultheiß Wagner beantragten diesen Punkt zurückzustellen. Oberamtmann Baitinger führte aus, daß der Stein der Anrede auf Ausführung der Erweiterung und Verbesserung des Bezirkskrankenhauses dadurch zum Rollen gekommen sei, daß Altenteig den Antrag auf einen Bau gestellt habe. Der alte Plan, der 11 Jahre alt und durch die Verhältnisse zurückgestellt worden sei, müsse überarbeitet werden. Dr. Wimer begründete dann eindringlich die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Ausbaus des Bezirkskrankenhauses und Abstellung der vorhandenen Mängel. Er betont, daß er jede Verantwortung ablehne und bittet um Abstellung der Mängel. Dr. Huald betont ebenfalls die Notwendigkeit des Ausbaus des Bezirkskrankenhauses und seiner Instandsetzung. Darauf wurde die baldmöglichste Durchführung einer Erweiterung und Verbesserung des Bezirkskrankenhauses nach den vorliegenden Plänen (es sollen zweierlei angefertigt werden) zugestimmt. Die endgültige Zustimmung wurde aber der Amtsversammlung vorbehalten bis die endgültigen Pläne und Kostenvoranschläge vorliegen.

Altenteig und der hintere Bezirk wird sich mit dem Ausgang der Amtsversammlung in Ragold schwer abfinden, denn an ein Eingehen des Krankenhauses in Altenteig wird im hinteren Bezirk wohl niemand ernstlich denken. Der Zustand des Krankenhauses kann so weiter nicht bleiben. Wird aber Altenteig in absehbarer Zeit selbst ein neues Krankenhaus bauen können? Wohl ist Altenteig ein größerer Beitrag seitens der Amtskorporation längst hierfür in Aussicht gestellt. Kann aber die Amtskorporation das Krankenhaus in Ragold verbessern und wesentlich vergrößern und kann sie gleichzeitig einen größeren Beitrag für das Altenteiger Krankenhaus geben? Die Krankenhausfrage ist jedenfalls für Altenteig und den hinteren Bezirk noch nicht gelöst.

Wer Schweizerische Staatsbürgerschaft zu 5, 10 oder 20 Franken im Besitz hat, sei darauf aufmerksam gemacht, daß diese mit Ablauf dieses Monats endgültig außer Kurs gesetzt werden. Für 49 000 Franken solcher Scheine sind noch nicht eingelöst.

Kampf um die Scholle. Die Lichtspiele im „Grünen Baum“ bringen mit ihrem nächsten Programm den Film „Kampf um die Scholle“ nach dem bekannten Roman „Mit mine Strontid“ von Fritz Reuter. Es liegt hier ein feisler Film vor, ein Lichtspiel vom Lande mit herrlichen Bildern aus der Landschaft mit erquicklichem Wechsel von Tragik und Komik, ein Film, der bildend ist und doch voller Schönheit und interessant in der Handlung ist. Der vollbildende Wert dieses Films ist auch amtlich anerkannt, so daß der Besuch ein lohnender ist und auch der Jugend empfohlen werden kann. Durch besonders niedrige Eintrittspreise für Jugendliche wird dies jedermann ermöglicht.

Ragold, 25. Juni. (Vom Rathaus.) Gemeinderatssitzung vom 24. Juni 1926. Der Vorsitzende hat anlässlich der Vollendung des 70. Lebensjahres dem Herrn Studienrat Dr. D. Diercke herzliche Glückwünsche ausgesprochen und ihm für alles was er beruflich und außerberuflich für die Stadt schon getan hat und insbesondere für das, was er durch seine heimatgeschichtlichen Studien und anderes noch tut, innigst gedankt. Der Gemeinderat schließt sich diesem Dank und Glückwunsch an. — Das Ministerium des Innern hat zu der Kriegergriberunterhaltung im Rechnungsjahr 1925 einen Beitrag von 200 M bewilligt. — Die Würt. Zentralrat hat den Antrag für das Stadt. Darlehen ab 1. Juli 1926 auf 9 Prozent ermäßigt. — Vom Ortsausschuß für Lebensübung und Jugendpflege liegt eine Einladung zu den Reichsjugendwettkämpfen am 3. und 4. Juli d. J. vor, wovon Kenntnis genommen wird. — Vergütung von Ärzten und Lieferungen. Zur Unterbringung von Klassenbüchern der Oberstufe der Volksschule ist ein Gefäß notwendig, dessen Herstellung dem Schreinermeister Bechtold zum Preis von 16 Mark übertragen wird. — Die Gipserarbeiten zur Instandsetzung der Landw. Winterschule werden dem Gipsermeister Hafner zum Preis seines Angebots von 410 Mark und die Malerarbeiten dem Malermeister Jäger zu 297,50 Mark übertragen. — Die Zuschussleistung für die Feuerwehrtröde wird den Firmen Heinrich Kapp, Fritz Kapp Wwe. und Tischfabrik Weidbrecht je zu 7,50 Mark pro Meter zugewiesen. — Das Ministerium des Innern hat gegen die Sperrung der alten Freudenstädterstraße von Ragold nach Egenhausen für den Kraftverkehr gewisse Bedenken. Ein förmlicher Beschluß ist aber noch nicht getroffen. Die Weiterbehandlung der Sache wird zurückgestellt, da vielleicht auch auf anderem Wege Abhilfe möglich ist. — Fuhrmann Braun hat das Angebot gestellt, die städtischen Fuhrten durchweg um 2 Mark pro Stunde auszuführen, wenn er sämtliche Aufträge bekomme. Hierauf haben sich auch die übrigen bisherigen Fuhrwerksbesitzer zu den Fahrleistungen von 2 Mark bereit erklärt. Mit der ferneren Vergütung der städtischen Fuhrleistungen an sämtliche bisherigen Fuhrwerksbesitzer im Turnus ist der Gemeinderat einverstanden, vorausgesetzt, daß der Fuhrmann von 2 Mark binnen Jahresfrist nicht erhöht wird und dem Fuhrmann Braun der ihm gebührende Anteil regelmäßig zuge-

wiesen wird. — Schuß der Stadt. Wasserversorgung. Es wird die Wahrnehmung gemacht, daß der Paragraph 26 des Statuts über die Wassergebühren, wonach das unbefugte Öffnen von Straßenschächten den Abnehmern, den Wasserleitungsgesellschaften, wie überhaupt jedermann außer dem Personal der Wasserwerksverwaltung strengstens verboten ist, nicht eingehalten wird. In mehreren Fällen war der Gemeinderat genötigt die Zuwiderhandlungen mit Strafe zu belegen. — Sonstiges. Die Schulgeldnachlassgesuche der Real- und Lateinschule, der Mittelschule und der Gewerbeschule werden geprüft. — Zur Durchführung von Soldaturlauben mehrerer kranken Kinder werden Beiträge aus der Amerikaner-Erziehung gewährt.

Effringen, 23. Juni. (Preisfische.) Der Schützenverein hat das am Sonntag, dem 13. Juni, begonnene Preisfischen letzten Sonntag unter reger Beteiligung abgeschlossen. Die Leistungen wurden aufs Höchste gesteigert und konnte unter etwa 200 Teilnehmern an 35 Schönen Preise verteilt werden. Die ersten 10 Preise entfielen auf: 1. Andreas Traub, Effringen, 68 Ringe; 2. Fritz Eisenbeis, Effringen, 56 R.; 3. Karl Sautter, Rottfelden; 4. Georg Kupps, Guggenwald, 55 R.; 5. Bäuerle, Guggenwald; 6. Fritz Kestle, Schönbrunn; 7. Gottlieb Höhn, Effringen; 8. E. Kessler, Rottfelden; 9. Hermann Dopfer, Rezingen; 10. Gottlob Schmid, Effringen, 54 R. — Die Übung war liegend freihändig auf 50 Meter Entfernung mit 5 Schuß auf Zinsfertingscheibe. Ehrenscheiben wurden herausgeschossen von folgenden Schützen: Eisenbeis, Effringen; Marquardt, Rottfelden; Jögler, Schönbrunn (2 Stück); Großhans, Wilhelm, Schönbrunn; Kestle, Schönbrunn; Herr, Jobs, Effringen; Kessler, E. Rottfelden; Sautter, Fr., Effringen; Luz, Liebelsberg; Großhans, Wilhelm, Schönbrunn (Ehrenscheibe mit Ehrengabe). Obige Leistungen zeigen, daß der Schießsport eine Höhe erreicht hat, die von jedem andern Sportvereinigungen anzuerkennen wäre. Der Verein kann auf einen schönen Tag zurückblicken und möge derselbe den Schützen, sowie Gönnern noch lang in Erinnerung bleiben.

Calw, 24. Juni. Vom 3. bis 9. Juli wird im Monbachtal bei Calw eine Süddeutsche Reichsfreizeit der evang. Jungmännervereine gehalten, bei der nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein starker Besuch zu erwarten ist. Der bekannte Reichsleiter der Jungmännerbünde Deutschlands, Lic. Stange (Leipzig), Prälat D. Traub (Stuttgart) und Pfarrer Weismann (Biel) werden durch Predigten, Bibelkurse und Vorträge mitwirken.

Dehringen, 25. Juni. (Verbandstag der Würt. Gewerksvereine und Handwerkervereinigungen.) Mit Rücksicht auf das Cannstatter Volksfest ist der Termin für die Abhaltung des Verbandstages in Dehringen auf 18. und 19. September festgelegt worden.

Craillsheim, 25. Juni. (Sommertragung der Deutschdemokratischen Partei.) Die Deutschdemokratische Partei Württembergs hält am Sonntag, den 4. Juli in Craillsheim ihre Sommertragung ab. Dabei werden sprechen: Abg. Dr. Brudmann, Abg. Mathilde Pfanz, Abg. Dr. Hieber und Abg. Dr. Heuß. Der öffentlichen Tagung voraus geht eine Sitzung des Landesauschusses, bei der Abg. Scheef einen Bericht über die politische Lage geben wird.

Rottweil, 25. Juni. (Eine mutige Tat.) Bei der Unwetterkatastrophe war es schwierig, das Vieh im Hause Pöpler zu bergen. Da wegen der Wassermengen dem Gebäude nicht beigekommen war, saßen vier Männer den kühnen Entschluß, schwammen unter Gefährdung von Gesundheit und Leben durch den hochgehenden Redar und nahmen die Rettungsarbeiten mit Erfolg vor. — Die Auswirkungen der Schäden treten jetzt mehr und mehr zu Tage. Die etwa fünf Meter hohe Stühmauer der Villa von Kottenmünster an der Schwenninger Straße ist, weil das Fundament unterspült war, eingestürzt.

Tübingen Ost, Maulbronn, 25. Juni. (Brand.) Heute morgen stand das Wohnhaus des Karl Scheuing jung in hellen Flammen. Die Ortsfeuerwehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränken.

Neuenstadt a. R., 25. Juni. (Ertrunken.) Seit vorgestern abend wurde ein hier bei seiner Mutter und seinem Bruder zu Besuch weilender Mann vermißt. Er wollte im Kocher ein Bad nehmen, wo man auch am Ufer seine Kleider gefunden hat. Da der Mann etwas herzleidend war, nahm man an, daß er im Kocher einen Herzschlag erlitten hat und ertrunken ist.

Rauhenheim, Ost, Ellwangen, 25. Juni. (Vom Blitz getroffen.) Bei einem Gewitter traf ein Blitzschlag den mit mehreren Leuten auf dem Bahngleis am Seibenberg beschäftigten Bahnarbeiter Volzinger von hier. Der Getroffene fiel zu Boden und erlitt auf einer Körperseite eine anscheinend leichtere Lähmung.

Ulm, 25. Juni. (Vom Minister.) Für die Wiederherstellung des Ulmer Münsters ist ein Reichszuschuß für 1926 zunächst im Betrag von 40 000 M. durch die Reichshauptkasse in Berlin überwiesen worden.

Bangensargen a. B., 25. Juni. (Ertrunken.) Raun hat das Baden im See begonnen, hat dieser schon sein erstes Opfer gefordert. Der etwa 22jährige Konditor des hiesigen Kurhotels, ein gebürtiger Sachse, badete in der Nähe des Hotels unweit vom Ufer. Er versank plötzlich in die Tiefe, offenbar infolge eines Herzschlages.

Vom bayerischen Allgäu, 25. Juni. (Vom Blitz erschlagen.) Am Dienstag nachmittag ging über das westliche Allgäu, besonders aber die Gegend zwischen Füssen und Oberstdorf ein überaus heftiges Gewitter mit Wolkendruck nieder. Besonders schwer heimgesucht wurde der Ort Kubi. Der Blitz tötete den mit seinen beschäftigten Malermeister und Bergführer Fritz Dauter, sowie die ebenfalls bei der Heuarbeit beschäftigte Frau Lecher aus Kubi, Mutter von 5 Kindern.

Schöningen, 25. Juni. (Eisenbahnwagen als Wohnwagen.) Wohnungsamt und Gemeinderat schloßen den Anlauf von 3-4 Eisenbahnwagen zu Wohnzwecken vor. Die Wagen kosten ohne Zwischenwand 300 Mark, mit Zwischenraum 300 Mark. Mit dem notwendigen Aufwand kommt ein Wagen auf 700-800 Mark zu stehen. Der Vorsitzende bezweifelt diese Maßnahme als ein trauriges Zeichen der Zeit, aber als notwendig. Der Anlauf der Eisenbahnwagen als Wohnwagen wurde genehmigt.

**Kleine Nachrichten aus aller Welt**

**Sparmaßnahmen in Braunschweig.** Der braunschweigische Landtag hat eine Verminderung der Abgeordneten-zahl beschlossen. Sie soll von 48 auf 38 herabgesetzt werden.

**Verhaftung des ehemaligen sächsischen Finanzministers Böttcher angenommen.** Im sächsischen Landtag wurde nach erregter Debatte der Antrag des Oberstaatsanwalts auf Genehmigung der Strafverfolgung und Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten und ehemaligen Finanzministers Böttcher genehmigt. Böttcher wird zur Zeit gefesselt, im Oktober 1923 als Mitglied der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands sich hochoverträetischer Handlungen und des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz schuldig gemacht zu haben.

**Italien bleibt im Völkerbund.** Die Agencia Stefani in Rom zu der Erklärung ermächtigt, daß die in der ausländischen, besonders in der französischen Presse verbreiteten Gerüchte, daß Italien sich mit der Absicht trage, aus dem Völkerbund auszutreten, durchaus jeder Grundlage entbehre.

**Mussolini Schwiegervater des Kronprinzen von Italien.** Nach dem „Daily Herald“ verläutet in Rom, Kronprinz Umberto beabsichtige, sich in nächster Zeit mit der Tochter Mussolinis zu verloben. Das Gerücht wurde nicht dementiert.

**Geschäftsaussichten:**

- Karl Wied, Kaufmann, Jigarrenhaus in Stuttgart
- Robert Glöckler und Oskar Glöckler, Inhaber der unter Geschäftsaussicht stehenden Fa. Gebr. Glöckler, Elektrotechnikhandlung in Stuttgart.
- Ludwig Stehberger in Laupheim, Tuch-, Manufaktur- und Ausbeugerei
- Valentin Sittig, Schneidermeister in Tübingen.

**Oeffentlicher Sprechsaal.**

Auf das Eingekandt in Nr. 140 unserer Zeitung geht uns folgende Berichtigung zu:

Meine Zeitung, vor deren Verwechslung mit dem Evangelischen Sonntagsblatt hier mit Recht gewarnt worden ist, heißt erstens nicht Sonntagsblatt, sondern „Die Sonntagszeitung“, zweitens erscheint sie in Stuttgart, nicht in Heilbronn, drittens ist sie nicht kommunistisch, wohl aber republikanisch.  
Dr. Erich Schaiter.

**Rechte Nachrichten.**

**Ernennungen im Reichsernährungsministerium**  
Berlin, 25. Juni. Der Herr Reichspräsident hat den Ministerialdirektor Dr. Hoffmann im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zum Staatssekretär und den Ministerialdirektor z. V. Dr. Heulampf zum Ministerialdirektor im gleichen Ministerium ernannt.

**Französischer Kabinettsrat**

Paris, 26. Juni. Der gestern abgehaltene Kabinettsrat des neugebildeten Ministeriums beschäftigte sich mit der Tagesordnung der Kammer und beschloß, das Kammerpräsidium zu ersuchen, diese am Dienstag festzusetzen. Finanzminister Caillaux gab einen allgemeinen Ueberblick über den Stand des Finanzproblems. Ministerpräsident Briand wies auf die Notwendigkeit hin, alle irgend möglichen Ersparnisse zu erzielen. Es wurde beschlossen, die ministerielle Sparskommission in der bisherigen Besetzung beizubehalten. Handelsminister Chapalot erstattete Bericht über den Stand der deutsch-französischen Wirtschafts-verhandlungen.

**Freiwillig in den Tod**

Waldshut, 25. Juni. Heute vormittag wurde auf dem Rhein die Leiche des 62jährigen Bäckermeisters und Konditors Friedrich Schülle aus Pfüllingen, der auf der Wanderschaft durch Waldshut gekommen war und in der vergangenen Nacht hier übernachtet hatte, gelandet. Wie aus mitgeführten Papieren zu schließen ist, ist Schülle freiwillig aus dem Leben geschieden. Ein unheilbares Leiden dürfte die Ursache hierzu gewesen sein.

**Großfeuer**

Korbach (Waldeck), 26. Juni. Wie die „Waldeckische Landeszeitung“ meldet, entstand gestern abend auf bisher unaufgeklärte Weise in einem Sägewerk ein Großfeuer. Das mit leicht brennbarem Material angefüllte Gebäude wurde innerhalb kurzer Zeit eingeeäschert. Die Feuerwehr mußte sich auf den Schutz der angrenzenden Gebäude beschränken. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

**Die Duisburger Kindermörderin verhaftet**

Krefeld, 25. Juni. Die flüchtige Kindermörderin Käthe Hagedorn hat sich heute vormittag durch einen Chauffeur von hier nach Geldern fahren lassen. Sie wollte den Chauffeur wieder um den Fahrpreis pressen. Er hat sich aber nicht beirren lassen und veranlaßte die sofortige Verhaftung der Betrügerin, die dann als die gesuchte Kindermörderin festgestellt worden ist.

**Die Frau des französischen Kommandanten von Palmyra ermordet**

Bagdad, 25. Juni. Die Frau des französischen Kommandanten von Palmyra wurde auf der Rückreise von Homs von ihrer Eingeboreneneskorte ermordet und beraubt. Auch der Chauffeur des Wagens, in dem sich die Frau des Kommandanten befand, wurde getötet.

**Abreise des spanischen Königspaares nach Paris**

Madrid, 26. Juni. Der König und die Königin reisten gestern nach Paris ab, von wo sie sich nach London begeben werden.

**Wahrscheinliches Wetter für Sonntag**

Unter dem Einfluß des westlichen Hochdrucks ist für Sonntag nur wenig bedecktes, mehrfach heiteres und in der Hauptphase trodenes Wetter zu erwarten.  
Druck und Berlag der W. Nieker'schen Buchdruckerei Altenteig.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.



**Amtliche Bekanntmachungen.**

**Abbau der Wohnungszwangswirtschaft.**

Mit Wirkung vom 1. Juli 1926 werden die Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 (R. G. Bl. I, S. 754) für sämtliche Gemeinden des hiesigen O.L.-Bezirks mit Ausnahme der Stadtgemeinden Nagold, Altensteig, Wildberg und Hatterbach in stets widerrechtlicher Weise außer Kraft gesetzt.

Nagold, den 25. Juni 1926.

Oberamt: Dr. Merkt, Amtmann.

**Amtsgericht Nagold.**

Im Handelsregister Abt. f. Gesellschaftsfirmen wurde heute eingetragen bei der Firma Karl Kaltenbach & Söhne in Altensteig: Dem Philipp Banzbach, Kaufmann in Altensteig ist Procura erteilt.

Den 24. Juni 1926.

**Altensteig.**

Von eingetroffenen größeren Sendungen empfehle ich in 1/2, 1/3, 1/4 reifer Ware

**Ia. 20% Mlg. Stangentäse**

in Kisten à 30 / 50 Pfd. zu 60, 63, 65 Pfg.  
in 10 Pfd. Carton zu 65, 68, 70 Pfg.

**Chr. Burghard jr.**

**Empfehle:**

**Ia Spezial Mullmehl**

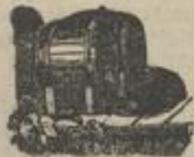
- Brotmehl, Futtermehl, Brennmalz
- Maisputtermehl, Teinmehl
- Corfmelasse, Futtergerste,
- Gerstenschrot,
- Ia Plata-Hafer, Plata-Mais
- und Maismehl

Bemer bringe mein

**Weinlager**

in empfehlende Erinnerung.

**M. Schnierle; Altensteig.**



Altensteig-Stadt.  
**Freiw. Feuerwehr**  
Montag, den 28. ds.  
rücken die I. und III.  
Kompanie zur

**Übung**

aus. Antreten präzis 7 Uhr  
abends.

Das Kommando.

**Bürt. Schwarzwaldberein**  
Ortsverein Altensteig.



Am nächsten  
Sonntag den  
27. Juni  
kommt die  
f. Juni vor-  
gegebene

**Sour**

zur Ausführung. Abfahrt mit  
dem 5 Uhr-Zug bis Nagold.  
Fußwanderung bis Herren-  
berg, mit Zug nach Entringen,  
von da ab über Hohen-Ent-  
ringen - Schönbusch - Beben -  
hausen nach Lüdingen.

Um zahlreiche Beteiligung  
wird gebeten.

Der Vorstand.

**Ia. Eiderfettkäse**

9 Pfd. = Mk. 8.—, franko  
Dampfkäsefabrik Rendsburg

**Kirchliche Nachrichten.**

4. S. n. Dr., 27. Juni, Vor-  
mittagsgottesdienst um  
1/2 10 Uhr mit Predigt  
über Apostelgeschichte 24,  
22—26: Worauf es an-  
kommt. Lied 50.

Nachher Kindergottesdienst.  
Nachm. 1/2 2 Uhr Christen-  
lehre mit den Söhnen.  
Abends 8 Uhr Gemeinschafts-  
stunde.

Am Mittwoch Abend 8 1/4  
Uhr Bibelstunde im Luther-  
saal.

**Methodistengemeinde.**

Sonntag, den 27. Juni 1926,  
vormittags 9 1/2 Uhr  
Predigt, vormittags 11 Uhr  
Sonntagsschule, abends  
8 Uhr Predigt und „All-  
gemeine Regeln“.

Mittwoch, den 30. Juni 1926,  
abends 8 1/4 Uhr Bibel-  
und Gebetsstunde.

**Aufs Kinderfest**

empfehle

**Stiefel**

schwarz und braun

**Sandalen**

versch. Ausführung

**Spangenschuhe**

braun, schwarz u. Lackled.

**Schnürhalbschuhe**

**Turnschuhe**

Chrom- u. Gummisohlen

**Geräteschuhe**

bei billigsten Preisen

**August Seeger**

Schuhwarengeschäft

Altensteig

Telefon 63

Mäntel  
Kleider  
Blusen  
Strümpfe  
Söckchen  
**Chr. Krauss**

Altensteig.

Neue gelbe

**Kartoffeln**

empfehle

Lorenz Luz jr.

**Jung-Sübner**  
beste Leger, liefert

Geflügelhof in Mergentheim 720

Preisliste frei,  
Lieferantenliste an all. Orten gefügt.

**Persil-**  
die richtige Mergel!

1 Paket auf 2 1/2 - 3 Eimer  
Wasser - so sagt die Vor-  
schrift, und so ist es rich-  
tig! Nehmen Sie aber  
Persil allein, ohne jeden  
Zusatz!

Zum Einweichen ist Senko Bleich-Sau-  
anwendbar!  
Senko macht hartes Wasser weich.

**Auch im Sommer**

benötigt der Landmann eine Zeitung,  
will er über das Geschehen in der Welt  
draußen orientiert sein und über Handel  
und Verkehr auf dem Laufenden bleiben.  
Hierbei tut ihm unsere Schwarzwälder  
Tageszeitung „Aus den Tannen“ treue  
Dienste, die in kurzer und doch über-  
sichtlicher Weise, alles belanglose bei Seite  
lassend, berichtet und den Leser auf dem  
Laufenden hält. Bestellen Sie deshalb  
unser Zeitung für den Monat Juli.

**Neo-Ballistol-Kleber-Armeöl**

D. R.-Pat. als Medizinisch. Leistung. Pat.

für innerlichen Gebrauch von Mensch und Tier!  
Desinfektion des gesamten Blutes und aller Organe:  
Magen, Verdauungstractus, Galle, Leber, Milz, Niere,  
Nieren, Gehirn, Altersbeschwerden usw., schnelles Wohlbe-  
finden, ohne jegliche Nebenwirkung, in Kapselform je 1/2 Gr.  
100 Stück Mk. 5.50, 50 Stück Mk. 3.—, bei 200 franko. —  
Geschmacklos. — Ballistol-Werkliteratur gratis und franko.

**Chem. Fabrik F. W. Klever, Köln.**

**Klavierstimmen und Reparieren**

in fachmännischer Ausführung übernimmt

**Schmid & Buchwald,**

Planohaus Pforzheim, Westliche 23.

Da wir in den nächsten Tagen dort anwesend sind, erbitten  
gef. Bestellungen in die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Deutschland-Fahrräder**

Beste Qualitätsmarke direkt ab Fabrik

Maschinen, Uhren, Waffen

Fahrrad-Fabrik

**AUGUST STUKENBROK, EINBECK 16**

Bestes Fahrradhaus Deutschlands

Sportartikel aller Art, Preisliste kostenfrei

**Städt. Sparkasse Altensteig**

unter Haftung der Stadtgemeinde Altensteig, gegründet 1836.

Fernsprecher 58. Postscheckkonto 3695 Stuttgart

**Scheck- und Ueberweisungsverkehr**  
**Wertbeständige Spareinlagen u. Depositen**

Darlehen

Effekten-Sorten u. Devisen-Vermittlung

Kredite in laufender Rechnung

Haus- und Sparkassen

Zeitgemäße Verzinsung; aufmerksame, verschwiegene Bedienung.

**Briefpapiere**

in einfacher Art und feinsten Ausführung  
lose, in Blocks, Blockmappen und Kassetten  
in reicher Auswahl empfiehlt die

**W. Rieker'sche Buchhdlg. Altensteig.**

Bapier- und Schreibwarengeschäft.

